

14.-18.5. SMART GRIDS: ENERGIEERZEUGUNG, VERTEILUNG UND SPEICHERUNG IN FINNLAND

Veranstaltet wird die Reise von der Deutsch-Finnischen Außenhandelskammer. Deutsche Unternehmen können ihre Lösungen im Bereich der Energieerzeugung, Verteilung und Speicherung »Made in Germany« anbieten und erste Kontakte im Zielmarkt knüpfen. Es geht um Speicherlösungen, Ideen für sichere und beständige Stromnetze, EPC-Dienstleister und Unternehmen aus dem Bereich der virtuellen Kraftwerke.

KOMMENTAR

»BRAVO MISTRESS MERKEL«

Von Heino Wiese

Frau Merkel hat doch aus den Erfahrungen des Irakkrieges gelernt und springt nicht über jedes Stöckchen, dass ihr von Amerikanern und Briten vor die Nase gehalten wird. Sie weiß, dass die große Mehrheit der deutschen Wählerinnen und Wähler keine Militärschläge und keine Zuspitzung des Verhältnisses mit Russland wollen (siehe aktuelle Umfrage von Forsa). Und deshalb hat sie gesagt, dass Deutschland sich nicht an den Raketenangriffen auf Syrien beteiligt. Und jetzt hat sie auch noch angekündigt, dass sie mit Putin telefonieren und sich sogar mit ihm treffen will. Es steht zu vermuten, dass sie in einer Woche mit einem Plan zur Befriedung zu Trump reist und sich von ihm die Zustimmung zu einem umfassenden Plan geben lassen wird. Trump wird sagen: »Misses Mörkel has a great personality and is a fantastic politician!« Mit diesem Lob und einer klaren Strategie im Gepäck wird sie nach Moskau reisen und die Befriedung der Ukraine durch Blauhelme, deren Belieferung durch Gazprom, eine renovierte Pipeline und Nordstream 2 erreichen. Damit können dann von den Amerikanern und den Europäern wieder die Sanktionen gelockert werden und die Russen können auf weitere Gegensanktionen verzichten.

Und was macht die Führungsspitze der SPD? Sie will vor dem Parteitag am Wochenende einen weiteren Markenkern der SPD preisgeben: Die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Man will sich dabei auch gleich von der Schröderschen Irakpolitik, der Steinmeierschen Russlandpolitik und der Gabrielschen Türkeipolitik absetzen. Ob dieses Vorhaben den Parteitag übersteht, bleibt offen, weil auch nur ein verschwindend kleiner Teil der Basis diesen Kurs unterstützt. Olaf Scholz, Andrea Nahles und Heiko Maas, die den Strategiewechsel in kleiner Runde ausgeheckt haben sollen, sind damit der »BILD« und der atlantischen Seilschaft in den großen Redaktionen auf den vergifteten Leim gegangen. Es besteht aber Hoffnung, dass sich auf dem Parteitag dazu Widerstand regt und durchsetzt. Auf alle Fälle ist dieser Start in die GroKo schon einmal ein Rohrkrepierer und wird die SPD nicht voranbringen, und sie wird einmal mehr umdrehen müssen um Frau Merkel nachzudackeln.

BUNTES AUS BERLIN

RECORD STORE DAY

Jedes Jahr am dritten Samstag im April wird der Record Store Day (RSD) begangen. Zum ersten Mal fand der Tag 2008 in den USA und England statt, derweil ist ein internationales Event daraus geworden. Inzwischen sind es über einhundert Künstler, die nur für den Record Day Platten aufnehmen und dann am RSD in limitierter Auflage in Plattenläden erhältlich sind. Zugleich finden auch Konzerte und Veranstaltungen statt. In Berlin nehmen 16 Läden teil. Informationen einsehbar unter: www.recordstoredaygermany.de.

Gugl-Hupf 

BUNDESGERICHTSHOF ERLAUBT WERBEBLOCKER

In China zahlen die Nutzer im Internet für das Nutzen und Ansehen bestimmter Inhalte. In Deutschland hingegen sind viele Bereiche frei zugänglich, aber für die Finanzierung mit gewaltigen Werbebannern gepflastert, die hiesige Nutzer ärgern. Abhilfe schaffen sogenannte Ad-Blocker, mit denen sich die lästige Werbung blockieren lässt. Der Springer-Konzern hatte geklagt, weil über die Werbung eben auch ein Großteil der Produktionskosten getragen wird und durch die Ad-Blocker Werbekunden weniger werden und dementsprechend die Einnahmen zurückgehen. Der Bundesgerichtshof hat nun entschieden, dass Medienunternehmen auch zukünftig damit leben müssen, dass ihre Werbung mithilfe spezieller Software unterdrückt werden kann. Der Springer-Verlag möchte das Urteil jedoch nicht hinnehmen und hat angekündigt vor dem Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden einzulegen, weil er durch die entgangenen Werbeeinnahmen die Integrität von Onlinemedien und deren Finanzierung gezielt gestört sieht. Ausgang offen.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588813
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE: BOOM IN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT HÄLT AN



Von Bernd Westphal, MdB, Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Experten prognostizieren für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent und heben trotz der Risiken, die aus handelspolitischen Spannungen erwachsen, damit ihre Einschätzung gegenüber der Herbstdiagnose um 0,2 Prozent an.

Die Beschäftigung steigt weiterhin an. Für 2018 wird eine Zunahme der Erwerbstätigen um weitere 585.000 Personen erwartet. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 5,2 Prozent. Auch die heimische Investitionstätigkeit bleibt auf hohem Niveau, nicht zuletzt angeregt durch die sehr gut ausgelastete Bauindustrie. Wo sich Risiken ergeben, wie etwa durch den Fachkräftemangel, haben wir im Koalitionsvertrag bereits Maßnahmen vereinbart, die hier entgegenwirken.

Die Diagnose weist aber auch auf Risiken hin, die durch die Ankündigung der USA, neue Zölle auf Stahl und Aluminium zu erheben, entstehen könnten. Eine Eskalation könnte den Welthandel empfindlich behindern und damit das Wachstum der Weltwirtschaft mittelfristig spürbar bremsen. Zwar sind wichtige Handelspartner, wie die EU, davon vorläufig ausgenommen, trotz allem muss sich Deutschland weiterhin für eine Entschärfung des Handelskonfliktes einsetzen.

NEUE US-SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND: FOLGEN FÜR DEUTSCHE UNTERNEHMEN

Deutsche Unternehmen befürchten milliardenschwere Folgen aufgrund der neuen US-Sanktionen gegen Russland für die deutsche Wirtschaft und fordern die Bundesregierung auf, mit den Amerikanern eine Vereinbarung zum Schutz deutscher Unternehmen zu erzielen.

Am 6. April wurde die sog. Specially Designated Nationals (SDN) List mit einer Vielzahl von russischen Oligarchen, Politikern und Unternehmen bekannt gegeben. Darunter befinden sich unter anderem Oleg Deripaska (Basic Element, RUSAL und EN+) und Viktor Vekselberg (Renova-Gruppe).

US-Bürger dürfen keine Geschäfte mehr mit den gelisteten Personen und Unternehmen sowie von ihnen mehrheitlich gehaltenen Gesellschaften eingehen. Bestehende Verträge dürfen ebenfalls nicht weiter fortgeführt werden. Das OFAC (The Office of Foreign Assets Control) gibt in seiner General License detailliert vor, wie bestimmte Vertragsbeziehungen spätestens bis zum 5. Juni 2018 beendet werden sollen. Zahlungen an die gelisteten Unternehmen sind dementsprechend nur noch auf eingefrorene Konten vorgesehen.

Durch ein Gesetz, das der US-Kongress bereits im August vergangenen Jahres erlassen hatte (»CAATSA«), drohen auch Nicht-US-Unternehmen und insbesondere Nicht-US-Banken Repressalien in Form hoher Geldbußen oder sogar eigener Listung, wenn sie »signifikante Transaktionen« mit den gelisteten Personen und Unternehmen durchführen.

Für deutsche und europäische Unternehmen ist die extraterritoriale Wirkung be-

sonders wichtig, weil sie sich nach europäischem Recht in ihren Vertragsbeziehungen zu russischen Unternehmen nicht auf Höhere Gewalt oder rechtliche Unmöglichkeit berufen können. Dies könnte vor allem bei der Auflösung von Joint Ventures mit sanktionierten Unternehmen problematisch werden. Durch ein sogenanntes »Boikottverbot« ist deutschen Unternehmen darüber hinaus vom Grundsatz her untersagt, die extraterritorial anwendbaren US-Sanktionen einzuhalten.

Einige Maßnahmen zur Umsetzung der westlichen Sanktionen wurden von russischen Behörden und Gerichten bereits als Verstöße gegen das Arbeitsrecht und das Kartellrecht sowie gegen die nationale Souveränität gewertet. Für deutsche Unternehmen könnte somit die vorzeitige Beendigung eines russischrechtlichen Vertrags Schadensersatzansprüche nach sich ziehen.

Laut der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer (AHK) wird allein der Schaden durch ausfallende Neugeschäfte auf mehrere Hundert Millionen Euro geschätzt. Langfristig könnte es sich laut AHK-Einschätzungen um Verluste in Milliardenhöhe handeln. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat während seines gegenwärtigen Washington-Besuchs dieses Thema angeschnitten, er traf sich unter anderem mit Vize-Präsident Mike Pence. In der kommenden Woche will Bundeskanzlerin Angela Merkel bei einem Treffen mit Donald Trump für den Schutz deutscher Unternehmen sorgen. Zuletzt hatten die Importzölle auf Aluminium und Stahl für Unmut gesorgt.

PORSCHE-MANAGER FESTGENOMMEN

Nach der Razzia bei Audi und Porsche am Mittwoch dieser Woche gewinnt der Dieselskandal weiter an Brisanz: Vorstandschef Oliver Blume informierte am Freitag die Belegschaft, dass ein Porsche-Manager (Jörg Kerner) festgenommen wurde und in Untersuchungshaft sitzt.

Nach Auskunft der zuständigen Polizei sei der Grund für diese Maßnahme die akute Verdunkelungs- und Fluchtgefahr des Festgenommenen. Ermittelt wird gegen ein aktuelles und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands.

Zwar entwickelt Porsche selbst keine Die-

selmotoren, sondern bezieht diese von Audi, jedoch wird dem Autobauer vorgeworfen darüber in Kenntnis gewesen zu sein, dass es Unrechtmäßigkeiten bei den Steuerungsgeräten gab. Sowohl im Porsche Cayenne sowie im Macan Diesel soll eine spezielle Software den Ausstoß von Stickstoffdioxid manipuliert haben.

Blume wandte sich in einem Brief an die Belegschaft von Porsche und versuchte diese zu beruhigen.

Insgesamt hatten 33 Staatsanwälte eine Reihe von Büros von Porsche und Audi untersucht.

OPEL-BETRIEBSRAT BEFÜRCHTET DRASTISCHEN SPARPLAN

Nach Informationen des Opel-Betriebsrates sollen bis zum Ende des Jahrzehnts 3.700 der 19.000 Stellen gestrichen werden. Betriebsratschef Wolfgang Schäferklug verkündete am Freitag in Frankfurt die Pläne des französischen Mutterkonzerns PSA.

Allein im Entwicklungszentrum in Rüsselsheim sind 1.200 Jobs bedroht. Bisher hätten bereits 2.000 Mitarbeiter die Angebote zum freiwilligen Ausscheiden, beispielsweise über den Vorruhestand, angenommen. Nach Einschätzung des Betriebsrates kämen bis 2020 noch 2.000 weitere Abgän-

ge hinzu. Damit wäre der von PSA geforderte Personalkostenabbau schon erfüllt, sodass kein Grund für Lohnkürzungen notwendig seien.

Die Politik zeigt sich besorgt: Sowohl Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, als auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seien an die Konzernführung herangetreten. Zusagen an die Arbeitnehmer müssten eingehalten werden, sodass die Sozialpartnerschaft beibehalten werden könne.

Auch Regierungssprecher Steffen Seibert, betonte Angela Merkels Ansicht, dass man mit allen Parteien sprechen müsse.

ENDE DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN EUROWINGS UND LAUDAMOTION

Die Zusammenarbeit hielt nur drei Monate: die Lufthansa-Tochter Eurowings beendet die Kooperation mit Laudamotion. Dabei handle es sich um eine Reaktion von Eurowings auf den Einstieg von Ryanair bei Niki Laudas Airline.

Hauptprobleme dabei seien einerseits die Computersysteme, die Laudamotion von Ryanair nutzen würde – sie seien nicht mit Eurowings kompatibel –, allerdings behauptet die Lufthansa-Tochter, dass

Laudamotion wegen der Zusammenarbeit mit Ryanair ab Juni die notwendigen Flugzeugkapazitäten nicht mehr zur Verfügung stellen könne.

Ryanair hat ein Viertel von Laudamotion zu Beginn des Jahres übernommen, perspektivisch könnten sie bis zu 75 Prozent erwerben. Niki Lauda hatte erst im Januar seine insolvente Airline Niki unter neuem Namen wettbewerbsfähig machen wollen. Niki war davor eine Air-Berlin-Tochter.

ÖLPREIS SO HOCH WIE ZULETZT 2014

Der Ölpreis erreichte den höchsten Wert seit vier Jahren. Die Vereinbarung zwischen den ölproduzierenden Staaten der OPEC mit Russland zur Förderkürzung scheint erste Wirkung zu zeigen.

Nichtsdestotrotz könnte der Höhenflug des Ölpreises perspektivisch von den USA gebremst werden – mit hohen Fördermengen überschweben die USA zunehmend die Märkte.

PERSONALIEN

WEIL BLEIBT SPD-CHEF IN NIEDERSACHSEN

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, 59, ist als Chef der SPD Niedersachsen am Wochenende auf dem Landesparteitag wiedergewählt worden. Er erhielt 192 von 204 Stimmen.

GAEBLER CHEF DER BERLINER STAATSKANZLEI

Christian Gaebler, 53, SPD, folgt auf Björn Böhning als Chef der Berliner Staatskanzlei. Böhning wechselte als Staatssekretär ins Bundesministerium für Arbeit unter Minister Hubertus Heil. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller ernannte desweiteren Frank Nägele, 53, zum Staatssekretär für die Koodinierung und Begleitung der Verwaltungsmodernisierung großer Infrastrukturprojekte in der Berliner Staatskanzlei.

SAFFE NEUER GESCHÄFTSFÜHRER FUNKE MEDIENGRUPPE

Die Funke Mediengruppe erweitert ihre Geschäftsführung: neben Michael Müller und Andreas Schoo wird Ove Saffe, 57, weiterer Geschäftsführer und übernimmt die Verantwortung für den gesamten Zeitungsbereich der Gruppe.

9. DEUTSCH-JAPANISCHES UMWELT- UND ENERGIEDIALOGFORUM

Etwa 20 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen werden durch den Verkehrssektor verursacht – Tendenz steigend. Das 9. Deutsch-Japanische Umwelt- und Energiedialogforum diskutierte, wie die klimapolitisch notwendige Verkehrswende umgesetzt werden kann. Das Kongressthema war »Emissionsarme Transportsysteme und Möglichkeiten zur effektiven Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehrssektor«.

WORTE DER WOCHE

»Ich hätte nie gedacht, dass ich Sigmar so schnell vermissen würde!«

Eine SPD-Bundestagsabgeordnete nach einer Fraktionssitzung mit einer »Basta-Rede« von Olaf Scholz.

»Wir sollten mit den Finanzministern einen Jumbo-Rat einrichten, der mehr Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit herstellt.«

Angela Merkel, Kanzlerin, über mögliche Schritte, die zur Reformierung der EU beitragen können.

»Ich möchte zu einer Generation gehören, die standhaft entschieden hat, ihre Demokratie zu verteidigen.«

Emmanuel Macron, französischer Präsident, zum wachsenden Nationalismus in Europa.

»Wie sind auf der Zielgeraden.«

Alexis Tsipras, griechischer Regierungschef, ist zuversichtlich, dass das Land von August an finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen kann.

»Zu uns kommen überwiegend jüngere Männer, kernige Typen – andere als früher – also weniger Gelfrisur, mehr Mechatroniker.«

Christian Lindner, FDP-Chef, am Samstag beim Parteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Siegen über neue Mitglieder und Frauenmangel der Partei.

»Wir werden in die Marktlage nicht eingreifen, wenn es nur eine starke Kursveränderung gibt. Wir intervenieren nur bei Gefahren für die Finanzstabilität.«

Xenia Judajewa, stellvertretende russische Notenbankchefin zum Kursrutsch des Rubels.

»Bringt ein Modell auf den Markt, das mindestens die Reichweite eines Tesla hat und gleichzeitig weniger kostet.«

Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister, an die Adresse der deutschen Automobilindustrie.

»Wer gedacht hätte, dass sich die Strafzölle positiv auf die Preise in Deutschland auswirken, hat sich getäuscht.«

Clemens Tönnies, Co-Vorsitzender von Deutschlands größtem Fleischunternehmen Tönnies. Der Handelsstreit zwischen den USA und China drückt weltweit die Schweinefleischpreise.

»Warum nicht – als Leuchtturm – ein Gemeinschaftswerk der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Berufsbildung in Afrika?«

Horst Köhler, ehemaliger Bundespräsident und UN-Sonderbeauftragter für Westsahara.

TERMINE

23.4. EUROPÄISCHER ABEND DES DBB BEAMTENBUNDS ZUM BREXIT

Diskussionsveranstaltung des dbb beamtenbunds und tarifunion zum Thema »Soft Brexit, Hard Brexit oder Brexit-Exit«, unter anderem mit Bundesjustizministerin Katarina Barley, dem Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss Sir Graham Watson und dem Abteilungsleiter Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie Dr. Klaus Günter Deutsch. dbb forum berlin, Friedrichstraße 169-170, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 18.30 Uhr.

24.4. KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZU FAKE NEWS

Diskussionsveranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zum Thema »Im Dienste der Unwahrheit. Fake News gestern und heute«, unter anderem mit dem langjährigen Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten »Stern«, Hans-Ulrich Jörges, dem leitenden Redakteur für Zeit- und Kulturgeschichte der Zeitung »Die Welt«, Sven Felix Kellerhoff, dem Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe und dem Sprecher des Chaos Computer Clubs, Frank Rieger. Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 18.30 Uhr.

26.4. DEUTSCH-ARABISCHE GESELLSCHAFT ZU ERITREA

Diskussionsveranstaltung der Deutsch-Arabischen Gesellschaft zum Thema »Eritrea – der zweite Blick«, unter anderem mit dem Rechtsanwalt und Lehrbeauftragten der Universität Basel Dr. iur. Hans-Ulrich Stauffer Konferenzsaal der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, Calvinstr. 23, 10557 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 19 Uhr.